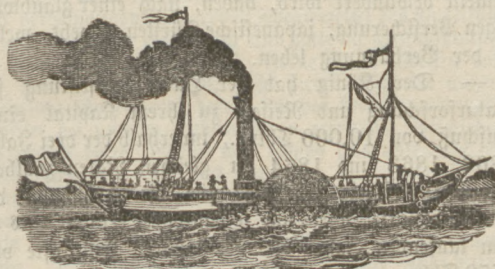


Danziger Dampfboot.

N^o. 176.

Donnerstag, den 31. Juli.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1862.

32ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 9 Pfge. werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: A. Ketemeyer's Centr.-Ztg.-u. Annonc.-Bür.
In Breslau: Louis Stangen.
In Leipzig: Heinrich Hübler und C. Mlgen.
In Hamburg-Altona, Frankfurt a./M. Haasenstein & Vogler.

DANZIGER DAMPFBOOT.

Das Abonnement pro August und September beträgt hier wie auswärts 20 Sgr.

Hiesige können auch pro August mit 10 Sgr. abonniren.

Auswärtige wollen sich direct an unsere Expedition wenden.

Telegraphische Depeschen des „Danziger Dampfboots“.

Paris, Mittwoch 30. Juli, Morgens.
Nach hier eingetroffenen Berichten aus Veracruz vom 1. d. war der Gesundheitszustand auf der Flotte befriedigend. Zugleich ist ein Bericht des Generals Lorencez vom 24. v. Mts. über die Kämpfe vom 13. und 14. Juni eingegangen. Das Resultat dieser Kämpfe war der Rückzug der mexikanischen Armee. Der Gesundheitszustand der Truppen ist gut, der Geist vortrefflich.

Trebinje, Dienstag 29. Juli, Abends.
Heute Morgen wurde die in Zubzi befindliche Türkenmiliz von den Insurgenten angegriffen. Alle wehrfähigen Trebinjaner eilten dahin. Der Kampf dauerte bei lebhaftem Feuer zur Zeit noch fort.

Die Landwehr. I.

Die vereinigten Sitzungen der Fortschrittspartei und des linken Centrums sind nach der kurzen durch die Debatten über den Handelsvertrag herbeigeführten Unterbrechungen wieder aufgenommen worden; in jeder derselben werden immer neue Resolutionen von möglichst größter Entschiedenheit eingebracht, es scheint eine förmliche Manie unter den Mitgliedern einge- rissen, ihre Meinung über Dinge, wovon die meisten so viel, wie Blinde von der Farbe verstehen, recht spe- ziell zu formuliren, dabei erhebt man sich zu immer leidenschaftlicheren Reden, man läßt sich zu Aus- sagerungen hinreißen, die den Gegnern die besten Waffen in die Hand geben; Stimmen, die sich mit solcher Besonnenheit und Sachkenntniß, wie die des Abgeord- neten Twetten äußern, der vor einem viertel Jahr noch eins der populärsten Mitglieder der Fortschritts- partei, finden gar keine Beachtung mehr; man malt sich mit förmlichem Behagen die Folgen aus, zu welcher ein so schroffes Auftreten der Staatsregierung gegen- über am Ende führen kann, und der unbefangene Zuschauer sollte wirklich mitunter zu der Meinung kom- men, es möchte manchem der Herren gar nicht uner- wünscht sein, aus der Sachgasse, in die sie sich immer tiefer zu verrennen in Begriff sind, auf irgend eine außerordentliche Manier befreit zu werden. Ob dem Lande damit gedient sein werde, ist freilich eine andere Frage; uns dünkt mit dem Feuer zu spielen, Gefah- ren, die demselben zum unendlichen Schaden gereichen würden, ohne den äußersten Drang der Nothwendig- keit heraufzubeschwören, ein unverantwortlicher Leicht- sinn. Unter den Motiven, die von den Gegnern der Militärvorlagen geltend gemacht werden, nimmt die Aufrechthaltung der Landwehr eine der ersten Stellen ein; aber gerade bei den eifrigsten Verfechtern des Instituts zeigt sich eine vollkommene Unkenntniß mit der wirklichen Beschaffenheit, bei vielen sogar mit dem eigentlichen Wesen desselben. Der Antrag Waldeck's, der bisher in der Versammlung am meisten Beifall gefunden, wollte mit dem einfachen Rückgang auf

den Zustand von 1859 gleichfalls eine vollständige Wiedereinsetzung der Landwehr in ihre ursprüngliche Stellung erreichen. Bei etwas näherem Zusehen konnten sich denn aber doch einige Mitglieder der Einsicht nicht entziehen, daß damit grade für die Landwehr sehr wenig gewonnen sein würde, daß die Veränderungen, die den Charakter der ursprünglichen Einrichtung alterirt, zum großen Theil von viel älterem Datum, sehr allmählig und unscheinbar eingeführt worden, daß sie das, was sie sein sollte, eigentlich nur bei ihrer Errichtung 1815 gewesen, und daß man daher auf diesen Zeitpunkt zurückgehen müsse, um ihren Charakter in der ursprünglichen Reinheit herzustellen. Wir würden diesen Vorschlag recht gern acceptiren, wenn uns die Anhänger desselben nur auch die Bedingungen herbeischaffen könnten, durch die derselbe damals ermöglicht wurde, und durch die er allein aufrecht erhalten werden kann; die frische Nachwirkung des Geistes patriotischer Erhebung und der glorreich vollbrachten Thaten, die in den Fels- zügen gewonnene Kriegserfahrung der Mannschaften und Offiziere, die grade der Landwehr noch auf eine Reihe von Jahren länger zu Gute kam als der Linie und sie eine Zeitlang wirklich zum Kern des Heeres machte, endlich die damalige Lage Europa's die einen langen Frieden in Aussicht stellte, und die durch mächtige und dauernde Allianzen gegen Angriffe gesicherte Stellung Preußens. Wo alle diese Be- dingungen fehlen, wo der Inhalt eben ein ganz an- derer geworden, da wäre es doch thöricht von der bloßen Herstellung der Form frühere Resultate er- warten zu wollen.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

29. Sitzung. Dienstag, den 29. Juli.

Das Haus geht nach einigen geschäftlichen Mitthei- lungen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung über, zur Fortsetzung der Verhandlung des Antrages des Abg. Twetten, betreffend die bei Vorlegung des Gesetzentwurfs über die Verantwortlichkeit der Minister in Frage kom- mende sogenannte Continuität der Sitzungen des Her- renhauses nach einer eingetretenen Auflösung des Ab- geordnetenhauses.

Abg. v. Vinke kann dem Referenten (Abg. Gneiss) und damit dem Kommissionsantrage nicht beistimmen. Es käme in der vorliegenden Frage Alles darauf an, wie der Ausdruck „verträgt“ im Art. 77 der Verf.-Urk. aufgefaßt werde, und der Ausdruck müsse so lange nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch verstanden werden, bis eine andere Erklärung desselben gang und gebe ge- worden. Jener gewöhnliche Sprachgebrauch sei aber auch ein parlamentarischer geworden, d. h. man verstehe unter Vertragung ganz einfach, daß eine Verhandlung abgebrochen werde, um sie am nächsten Tage oder zu einer anderen Zeit in derselben Weise wieder aufzu- nehmen, in welcher sie gelassen worden. Bisher sei diese Auffassung auch bei den parlamentarischen Verhandlung- en in Preußen die allein gültige gewesen. Der Redner führt hier ein Beispiel aus der Nationalversammlung vom Jahre 1848 und sodann das Beispiel der im April 1849 aufgelösten zweiten Kammer an. Wie das Gesetz einmal liege, könne dasselbe auch nicht anders aufgefaßt werden, als es von der Regierung gegeben, abgelesen davon, daß z. B. das Ministerverantwortlichkeitsgesetz, wie es dem Hause zugegangen, doch verworfen werden würde.

Abg. Bering unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses für den Antrag der Kommission. Er führt na- mentlich aus, daß ein Gesetz nur durch Uebereinstim- mung der Krone und zweier Häuser zu Stande kommt, welche von dem Beginn der Verhandlung bis zum Schluß derselben gleichzeitig getagt haben.

Abg. Osterrath (gleichfalls unter lautem Privat- gespräch des Hauses): Die ganze Frage sei nur eine Frage der Theorie und habe für die Praxis beider Häu- ser oder für das Land gar keine Bedeutung.

Der Justizminister: Nützlickeitsgründe hätten mit Beziehung auf die dem Herrenhause vor der Auflösung des Abgeordnetenhauses zugegangenen Ge- setzvorlagen vielleicht zu der Annahme der Diskontinui- tät führen können; allein für die Regierung seien nur Rechtsgründe maßgebend gewesen. Ein Zweifel über den Begriff „vertragen“ könne wohl nicht stattfinden. Die Verfassungsurkunde brauche dies Wort nur in der durch den gemeinen Sprachgebrauch festgestellten Bedeutung. In Betracht aller Vorgänge habe die Staatsregierung sich für die Continuität der Sitzung des Herrenhauses entscheiden müssen; da aber von allen Seiten eine feste Bestimmung bei dem Eintritt einer Auflösung des einen der beiden Häuser über das fernere Gehen des anderen gewünscht werde, so würde die Regierung diesem Wun- sche nachkommen, indem sie in der nächsten Session ein bezügliches Gesetz einbringen werde.

Abg. Reichenperger erklärt sich mit wenigen Worten für den Kommissionsantrag.

Abg. Pfänder gegen denselben; ebenso der Abg. Lette. Demnach wird der Schluß der Debatte angenommen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag mit großer Majorität angenommen. (Gegen nur die Conserva- tiven, ein Theil der Fractionen v. Vinke und Reichenperger.)

Es wird hierauf die Budget-Verhandlung fortgesetzt. Bei dem Etat für die Centralstelle für Präkavalgerangelegenheiten ergreift der Minister des Innern v. Jagow das Wort: Das literarische Bureau werde von der Staatsregierung für nothwendig erachtet und sei dazu bestimmt, zunächst eine referirende Thätigkeit zu entwickeln und demnach den Standpunkt des Ministeriums im In- und Aus- lande zu vertreten, und überhaupt die Verbreitung der- jenigen Thatsachen, deren Verbreitung die Regierung für nothwendig erachte, zu übernehmen. Die Thätigkeit der offiziellen Presse sei, so lange die Verfassung bestesse, für nothwendig erachtet und es könne auch gar keinem Zwei- fel unterliegen, daß eine solche Thätigkeit ein dringendes Erforderniß sei. Diese Thätigkeit sei stets Angriffen ausgesetzt und es werde eben so wenig in Abrede gestellt werden können, daß sie großen Schwierigkeiten unterliege. Die Mittel, welche hierfür im Etat ausgeworfen seien, seien verhältnismäßig für den Zweck sehr gering; die Regierung habe im Etat nicht mehr gefordert, als den früheren Ministern bewilligt sei. Es seien mit Bezug darauf bestimmte Verpflichtungen übernommen und un- ter diesen Umständen sei es geradezu unmöglich, die Maßregeln, welche die Commission vorschläge, zur Aus- führung zu bringen. Er glaube deshalb unter diesen Umständen an das Haus den Antrag stellen zu müssen, der Regierung in derselben lehrhaften Weise die Mittel zur Disposition zu stellen, wie früher.

Abg. v. Gottberg: Er trete dem Antrage der Com- mission nicht bei. Derselbe habe aus der Forderung eine politische Frage, eine Frage des Vertrauens gemacht. Man sehe daraus, auf welches Entgegenkommen das Ministerium von der linken Seite des Hauses zu rechnen habe. Das Ministerium sei dem Hause sehr, vielleicht zu sehr entgegengekommen und hoffe er, daß dasselbe nach dieser Erfahrung mit seinen Zuständigkeiten künftig etwas farger sein werde.

Abg. Dr. Giese: Er werde die Forderung, die hier in Frage stehe, zum größten Theil keinem Ministerium bewilligen, auch nicht einem seiner eigenen Farbe, denn es sei die politische Moral, die hierbei gefährdet werde. Das Haus möge den betreffenden Posten streichen, es streiche Sündengeld damit. (Bravo links.)

Minister des Innern v. Jagow: Es sei wiederholt darauf hingewiesen, daß die Regierung keine Kenntniß von den Wahlagitationen erhalte habe; er müsse darauf erklären, daß die Mittheilungen darüber stets in Folsal- blättern enthalten gewesen seien, auf welche die Thätig- keit des literarischen Bureaus sich nicht erstrecken könne (Unruhe links). Daraus könne also kein Vorwurf für das literarische Bureau hergeleitet werden. Es sei als- dann von Goldschreiber gesprochen; darauf müsse er erwidern, daß diejenigen Literaten und Schriftsteller, welche den Standpunkt der Regierung vertreten, jeder- zeit nur solche Personen seien, die sich den politischen Auffassungen der Regierung angeschlossen, oder sie sich an- geeignet haben.

Abg. v. Vinke (Stargardt): Es sei allerdings eine exceptionelle Stellung, daß der großen Majorität dieses Hauses zugemuthet werde, Geld für ein Institut zu be-

willigen, welches gegen sie fortwährend polemisiere. In dessen müsse eine Vertretung der Regierung nach außen hin vorhanden sein. So würde es sogar wünschenswerth sein, daß die Regierung mehr thäte, um den feindlichen Bestrebungen Oesterreichs, Baierns u. s. w. auf handelspolitischem Gebiete entgegenzutreten.

Abg. Becker (Dortmund) für die Beibehaltung der geheimen Fonds: Es sei notorisch, daß das Ministerium Niemand weiter hinter sich habe, als die Redaction der Sternzeitung und diese keinen anderen Leser, als das Ministerium (große Heiterkeit); deshalb sei er für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes, da es gar zu angenehm sei, zu wissen, was dort vorgehe. Man fournire von hier aus auch Artikel an die Lokalblätter in den Provinzen.

Abg. Birchow: Die Folge des Commissions-Antrages würde doch nur sein, daß der gegenwärtige Leiter des literarischen Bureau auf Vortrage käme. Factisch sei derselbe aber bekanntlich schon außer Function; es handle sich also nur um die rechtliche Bestätigung. Dem Abgeordneten für Stargardt gegenüber bemerkte er, daß auch nach Streichung der hier bezüglichen Summe noch Mittel genug für die von dem Abg. v. Vinde begünstigten Zwecke sich finden lassen würden. Aber gerade für diese Zwecke (Einwirkung auf fremde Presse) sei doch wohl der Minister des Auswärtigen der geeignetere Chef, weil das ja auch bei den Artikeln der Sternzeitung über Hessen ersichtlich, die der Minister des Innern getrost für seine Wahlerlasse hätte berücksichtigen sollen. (Heiterkeit.) Mit der Streichung sei dem Ministerium durchaus nicht die Unmöglichkeit gegeben, sich nach außen hin würdig vertreten zu lassen.

Regierungs-Commissarius Geh. Rath Hegel: Bei dem literarischen Bureau seien die sämtlichen Ressorts des Staatsministeriums theilhaftig. Die Commission habe den Director der Central-Preßstelle auf den Rechtsweg verwiesen; diesen habe er nicht zu betreten, da es eine etatsmäßige Stelle sei, die ihm übertragen. Die Regierung würde dem Beamten das Gehalt zahlen müssen, ohne daß er den Rechtsweg betrete; sie würde sich aber in der Unmöglichkeit dazu befinden, wenn der Commissions-Antrag angenommen würde. Die Regierung werde das literarische Bureau nicht entbehren können. Die Einrichtung müsse nach ihrem Zwecke und dem allgemeinen Bedürfnisse beurtheilt werden. Was dagegen vorgebracht, beruhe zum großen Theil auf „Hörsagen.“ Es handle sich hier gar nicht um Partei-Interessen, sondern die Landesvertretung habe die Aufgabe, zu prüfen, ob die Regierung eines solchen Organes bedürfe, und das werde nicht in Abrede gestellt werden können.

Abg. v. Mallinckrodt: Die Commission scheine ihm von der Erinnerung an das Juli-Königthum geleitet worden zu sein, wo die Mittel für den geheimen Dispositionsfonds benutzt worden seien, um die verschiedenen Ministerien zu sprengen. In vorliegendem Falle habe er allerdings keine Besorgnis. Die letzten Wahlen hätten insofern einen Fortschritt befundet, da die Wahl der Minister diesen eine freiere Stelle zwischen Krone und Landesvertretung verschafft habe. Aus sachlichen Gründen hätte er sich dem Commissions-Antrage anschließen können. Seine Freunde würden gerade nicht sehr zart von der offiziellen Presse behandelt (Sehr wahr! im Centrum). Aber die Regierung müsse doch eine Position in der Presse haben durch Correspondenzen u. s. w. Man habe von „Söldschreibern“ gesprochen; diese finden sich aber nicht bloß in der offiziellen, sondern noch mehr in der „liberalen, tüchtigen, tapferen, nicht genug zu preisenden unabhängigen Presse“ (lebhaftes Unruhe links). Die Beamten wären wenigstens sicherer gestellt, als gewöhnliche Schriftsteller. Die Regierung habe aber auch sachlich gehandelt, wenn sie die Gründung ihres Organes unter dem Gesichtspunkte der Dauer vorgenommen, da nur unter dieser Bedingung überhaupt ein gutes Blatt zu Stande kommen könne. Man habe auch von „Sündengeld“ gesprochen. Er wolle nicht untersuchen, ob die Sünde nicht mehr auf Rechnung der liberalen Partei käme. Wenn das Ministerium analog der Fortschrittspartei ein Untersuchungs-Comité niedergesetzt hätte, um die Wahlscandalos der Oppositions-Partei zu untersuchen, das Füllhorn würde gewiß sehr umfangreich geworden sein. (Bravo im Centrum und bei den Conservativen.)

Finanzminister v. d. Heydt: Es werde stets unerlässlich sein, daß die Regierung ein Preßorgan habe. Auch lägen Verpflichtungen vor, die erfüllt werden müßten. Der Staatsminister von Auerwald habe Verträge bis 1864 abgeschlossen, die nicht ignorirt werden könnten. Die Ehre der Regierung und das Interesse der Landesvertretung geböten es, daß Verträge, die in bona fide mit der Regierung abgeschlossen seien, auch gehalten würden. Er bitte daher die Anträge der Regierung zu genehmigen.

Der Schluß der Debatte wird beantragt und genehmigt.

Man geht zur Abstimmung. Das Gehalt für einen Director mit 1200 Thlr. und für einen Kanzlei-Sekretär mit 600 Thlr. werden bewilligt, aber als „künftig wegfallend“ bezeichnet. Der Dispositionsfonds für 1862 wird dem Commissionsantrag gemäß nur mit 16,000 Thlr. bewilligt, die gänzliche Streichung der Summe von 31,000 Thlr. für das Jahr 1863 vorbehalten. Beide Beschlüsse werden mit großer Majorität gefaßt; dagegen das Centrum, die Abgg. Vinde und Genossen, Sette u. A. Schluß der Sitzung.

N u n d s c h a u.

Berlin, 30. Juli.

— Es hat im Publikum und in der das Publikum vertretenden Presse nicht geringe Sensation erregt, daß selbst in der Fortschrittspartei Männer sich finden, die in der Militärfrage ungefähr zu demselben Resultat kommen, wie die deshalb so heftig angefochtene Majorität der beiden vorigen Jahre. Das

Publikum kann daraus ersehen, daß in der Sache doch Schwierigkeiten liegen, die mit einem Nachspruch souveräner Stimmung nicht ohne weiteres zu beseitigen sind.

— Die „Cob. Ztg.“ ist ermächtigt, das von der „Berl. Reform“ zuerst ausgesprochene Gerücht, der Herzog von Coburg habe die preussischen Liberalen vor jeder Nachgiebigkeit gegen die Regierung zu warnen gesucht, als ein völlig unbegründetes zu bezeichnen.

— Wie schon bekannt, hat die japanesische Gesandtschaft der Königin einige werthvolle Roben zum Geschenk gemacht. Die schönste derselben, welche allgemein bewundert wird, haben, nach einer glaubwürdigen Versicherung, japanesische Fürsten gewebt, welche in der Verbannung leben.

— Der König hat der Humboldtsstiftung für Naturforschung und Reisen zu ihrem Kapital einen Zuschuß von 10,000 Thlrn., innerhalb der drei Jahre 1862, 1863 und 1864 in gleichen Raten zahlbar, bewilligt. Diese Fürsorge für die Erhöhung der Stiftungsmittel wird um so dankbarer erkannt, als in dem laufenden Jahre die verfügbaren Einkünfte von 1550 Thlrn. noch nicht für genügend erachtet wurden, um eine naturwissenschaftliche Unternehmung in Alexander von Humboldts Sinne ausstatten zu können, und sie daher bis zur Vermehrung durch die im nächsten Jahre hinzutretenden Zinsen aufgespart sind. Durch die königl. Zuwendung wird das Kapital der Stiftung auf etwas über 50,000 Thlr. steigen.

— Es sind unlängst zu wiederholten Malen Uebungen zum Einsteigen von Soldaten, zum Einführen von Pferden in Eisenbahnwagen vorgenommen worden, wobei sich immer gezeigt hat, daß dieselben ununterbrochen und in verhältnißmäßig kurzer Zeit ausgeführt werden könnten. Es versteht sich von selbst, daß dabei sehr viel von den geschickten Anordnungen und Vorbereitungen der Eisenbahnverwaltungen abhängt. Der Kriegsminister v. Roon hat sich in dieser Beziehung kürzlich veranlaßt gesehen, der Verwaltung der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn durch den kgl. Eisenbahn-Commissarius seinen anerkennenden Dank auszusprechen zu lassen.

— Die „deutsche Nationalbank“ hat ihres anstehenden Namens wegen eine große Menge Leichtgläubiger mit in ihren gemeldeten Sturz gezogen. Der Director Feuerböhmer miethte in dem Hause Jägerstraße 10 ein prächtvoll eingerichtetes Quartier, brachte vor demselben ein Schild an, auf dem die Worte „deutsche Nationalbank“ prangten und ließ Circulars in die Welt geben, in welchen er die Gründung einer Credit-Anstalt annuncirte, die den beitretenden Mitgliedern nach Einzahlung größerer Summen einen bedeutenden Credit gewähren sollte. Um von der Solidität der Fonds, mit denen dieses Institut ins Leben gerufen worden, dem Publikum deutlich sprechende Beweise zu geben, engagierte Hr. Feuerböhmer ein zahlreiches Geschäftspersonal, von dem er sich jedoch, weil dasselbe unzweifelhaft bedeutende Geldsummen von Geschäftswegen in die Hände bekommen mußte, Caution bestellen ließ. Die Beiträge wurden natürlich angenommen. Als die vertrauenden Personen aber den ihnen versprochenen Credit beanspruchten, war die Kasse gänzlich leer. Von den Cautionen und Einzahlungen der Mitglieder der Nationalbank hat die Criminalpolizei auch nicht einen Pfennig in der Geschäftskasse vorgefunden und hat sich deshalb veranlaßt gesehen, die Geschäftsbücher und den Director in Beschlagnahme zu nehmen. Wie wir hören, haben schon früher einzelne Interessenten bei der Staatsanwaltschaft denuncirt, sind aber mit Rücksicht auf den Wortlaut der Statuten und des Gesellschaftsvertrages, dem sie beigetreten, abgewiesen worden. In erster Reihe soll es sich bei der jetzigen Untersuchung um den Verbleib der Cautionen handeln. Auch in dieser Beziehung aber soll der Verhaftete den Einwand erheben, daß er nach den vorliegenden Verträgen der DepONENTEN erst nach sechsmonatlicher Kündigung, die aber nicht erfolgt wäre, zur Rückzahlung verpflichtet, bis dahin aber zur freien Disposition über die Gelder berechtigt sei. Ob dieser Einwand vom Gericht als ein entlastender angesehen werden wird, bleibt abzuwarten.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 27. Juli. Von den drei Unterzeichnern der Schrift „Panier der Rettung“, welche wegen Verschiedenheit des Gerichtsstandes von drei verschiedenen Gerichten in Untersuchung gezogen waren, hatte der Candidat Schulenburg schon vor mehreren Wochen sein Urtheil von der großherzoglichen Justizkanzlei zu Rostock empfangen. Es lautete auf 14 Tage Gefängniß und 20 Thlr. Geldstrafe, so wie Tragung der Untersuchungskosten. In den letzten Tagen sind nun auch die Urtheile über die beiden anderen Angeeschuldigten, den Professor Baumgarten, (Verfasser der genannten Schrift) und den Candidaten Sellin, erschienen. Das erstere vom akademischen Gericht zu Rostock gefällt, lautet auf sechs Wochen Gefängniß, 50 Thlr. Geldbuße und Tragung der Untersuchungskosten; das letztere, vom städtischen Obergericht zu Rostock gesprochen, setzt für den Candidaten Sellin ein gleiches Strafmaß, wie für den Candidaten Schulenburg fest. Das Preßvergehen besteht, dem Spruche zufolge, in Beleidigungen der Mitglieder des Oberkirchenraths,

des Consistoriums, der rostocker Stadt- und Landesgeistlichkeit. Das städtische Gericht ist auch darin dem Beispiele der großherzoglichen Justizkanzlei gefolgt, daß es die Vernichtung der im Buchhandel etwa noch vorhandenen Exemplare des „Panier der Rettung“ verordnet. Dagegen hat sich das akademische Gericht dieser Zusatzbestimmung enthalten. Schulenburg hat sich dem ersten Erkenntniß gefügt und ein Gleiches scheint auch in Ansehung Baumgarten's der Fall zu sein, da Rector und Concilium der Universität das vorgestern publicirte Erkenntniß in der heutigen „Rostocker Zeitung“ als bereits rechtskräftig veröffentlicht. Dagegen hat der Candidat Sellin sich bei dem ersten Erkenntniß nicht beruhigt, sondern sogleich das Rechtsmittel der Revision angemeldet.

— Der Frankfurter „Postzeitung“ wird aus Wien die Nachricht der „B. V. Ztg.“ bestätigt, daß der König von Württemberg in Paris eine Denkschrift habe überreichen lassen, welche im Wesentlichen erklärt, daß jener Vertrag wenigstens in Süddeutschland auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoße, und auseinanderlegt, daß nur der von Oesterreich unternommene Schritt Frankreich die Möglichkeit gewähre, seiner Industrie die weiten Länderstrecken von den Ost- und Nordseeküsten bis an die Grenzen des türkischen Reiches zu erschließen. Es wird ferner hervorgehoben, daß Oesterreich nach Durchführung der Zollvereinigung sehr bereit sei, mit Frankreich und England Handelsverträge abzuschließen, daß gerade die größeren Zollvereinsstaaten dieser Einigung weit geneigter seien, als einem Anschluß an den preussisch-französischen Vertrag, wie er vorliege, und daß daher Frankreich, wenn es diesen Vertrag ratifizire, sich der Gefahr aussetze, das dabei beabsichtigte Ziel nicht zu erreichen.

Triest, 26. Juli. Heute wurde die Panzerfregatte „Juan d'Austria“ glücklich vom Stapel gelassen. Es ist dies die letzte der drei neuen, zu Ende des vorigen Jahres begonnenen Fregatten dieser Klasse.

Turin, 28. Juli. In Palermo hat eine kleine Volksansammlung, angeführt von einem bourbonischen Priester, den Versuch gemacht, eine Demonstration zu Gunsten Pallavicino's zu Stande zu bringen, dieselbe hat aber bei der Bevölkerung keinen Anklang gefunden; als eine Patrouille der Nationalgarde sich zeigte, zerstreute sich der Auflauf. Garibaldi befindet sich noch immer in Palermo. General Eugia ist zum Präfecten von Palermo ernannt worden und wird sich sofort dahin begeben.

Neapel, 22. Juli. Vor dem hiesigen Assisenhofe wird augenblicklich der Prozeß gegen Msgr. Cenatiempo, den Grafen de Christen und Konforten verhandelt, die einer Verschwörung gegen den Staat angeklagt sind. Die Verhandlungen, die am vorigen Freitag ihren Anfang genommen haben, werden vom Publikum, das sich zahlreich in den Sälen des Assisenhofes vorfindet, mit besonders großem Interesse verfolgt, da dieser Prozeß manche Enthüllungen über die von Rom aus geleitete Reaction zu machen verspricht. Auf der Anklagebank sitzen, der „Röln. Ztg.“ zufolge, außer dem genannten Monsignore Cenatiempo und dem Grafen de Christen, acht andere Individuen. Die erste Sitzung verlief unter Verlesung des Anklage-Altes und dem Verhöre der einzelnen Angeklagten, die sich alle auf ein absolutes Lügnerungs-System verlegen. Nur der Angeklagte Hector Noli, der Secretair des Comités, bekennt Alles, und denuncirt seine Mitschulbigen. Es wurden dann noch einige Protokolle vorgelesen, welche die Konfiszurung einiger wichtiger Dokumente bestätigen. Unter Anderem wurde den Angeklagten eine Liste vorgelesen, die, Französisch geschrieben, wahrscheinlich von dem glücklich entwichenen General de Cottodon herrührt und bei der Haus-suchung in der Wohnung des Cenatiempo bei letzterem gefunden worden war. Diese Liste enthält die Stärke der Mannschaften, über welche die Reaction zu verfügen hatte. Es sind 1190 Bewaffnete, 1250 ohne Waffen, 600 Donanen-Wächter und 100 Soldaten von verschiedenen Waffengattungen. Der Versammlungsort dieser Individuen sollte Capo di Chino (ungefähr drei italienische Meilen von hier entfernt) sein, um von hier aus in der Zahl von 3000 Mann auf Neapel loszumarschiren. Unter den anderen Dokumenten, die zur Vorlesung kommen und auf welche die Anklage gestützt ist, sind folgende die wichtigsten: die Correspondenz von Msgr. Cenatiempo; drei Depeschen, die auf dem hiesigen Telegraphen-Bureau entwandt wurden, durch welche die Präfecten der einzelnen Provinzen Verstärkung gegen die Briganten verlangen; ein Memorandum, geschrieben von Noli über die reactionären Bewegungen und über die Lage der neapolitanischen Provinzen im Jahre 1861; ein Brief des Msgr. Cenatiempo an Cesar Pirrao in Rom;

die Chiffren, deren sich der General Cottédon bediente, um unter dem Namen eines Grafen von Nayel an Franz II. zu schreiben; die Empfangscheine der eingezogenen Gelder; eine Korrespondenz des Noli, des Comité-Secretairs, in Chiffren geschrieben, und viele andere von letzterem geschriebene Dokumente. Der genannte Noli erkennt seine Schrift an und giebt über den Ursprung der Verschwörung, über deren Entwicklung, die Versammlungsplätze, die getroffenen Vorbereitungen, so wie über die Namen der vorzüglichsten Verschwörer und die entworfenen Expeditionspläne genaue Auskunft. In der zweiten Sitzung bewerkte das Verhör der Angeklagten fort. Heute wird die dritte stattfinden, und es soll dieser Prozeß im Ganzen mehr als sieben Sitzungen in Anspruch nehmen, da nicht weniger als 112 Zeugen zu vernehmen sind.

Paris. Die Stadt läßt der steigenden Bevölkerung wegen unter verschiedenen anderen Bauten eine neue protestantische Kirche in dem Madeleine-Quartier, wo sich die meisten englischen Familien befinden, errichten. Mit derselben wird eine Schulanstalt verbunden, welche etwa 1000—1200 Knaben und Mädchen aufnehmen kann.

Die Nachrichten aus Mexiko sind spärlich, wegen der abgeschnittenen Communication. Eine neue Krankheit, „Pieto“ genannt, ist mit großer Festigkeit im französischen Lager aufgetreten. General Forey reißt morgen ab, geht aber, wie auch Surien de la Gravière, zunächst nur nach den Antillen, so daß er erst im September in Vera-Cruz anlangen wird. Der Oberst Petellier Valozé, Chef des Generalstabes des Expeditionscorps, ist vom Kriegsminister plötzlich hierher berufen worden; man weiß nicht aus welchen Gründen. — Die „Patrie“ bringt diesen Abend einen für Preußen sehr graciösen Artikel über den französisch-preussischen Handelsvertrag; sie schließt sich der Hoffnung an, daß derselbe durch die Verschlingung der Interessen beider Länder eine Garantie für die Erhaltung des Friedens und der freundschaftlichen Beziehungen derselben bilden werde.

Sokales und Provinzielles.

Danzig, den 31. Juli.

Es hat sich der sonderbare Vorfall ereignet, daß sich 4 Mann von der Besatzung der Gazelle bei der Abfahrt nach England verspätet haben. Dieselben waren beauftragt, noch verschiedene Gegenstände für die Reise hier einzukaufen. Als sie am Montag Abend gegen 10 Uhr mit den gemachten Einkäufen auf die Rade kamen, war die Gazelle bereits abgegangen. Ihre Versuche, derselben nachzueilen, waren natürlich vergebens. Jedenfalls hat ein Mißverständnis zu der Verspätung Veranlassung gegeben. Man sagt, daß die Zurückgebliebenen über Hamburg nachbefördert werden sollen.

Vor einiger Zeit kam in einer Sitzung unserer Stadt-Verordneten-Versammlung der Fischfang zur Sprache, wobei hervorgehoben wurde, daß der Methode und ganzen Handhabung desselben von Seiten der Behörden eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werden müsse, als dies bis jetzt geschehen. Eine interessante Brochüre, die vor Kurzem im Verlage von Hugo Karkten u. Co. zu Berlin erschienen, behandelt denselben Gegenstand. Dieselbe ist von J. J. Sturz verfaßt und führt den Titel: „Der Fischfang auf hoher See und rationell betriebener Küstendischfang als einer der Hauptnahrungswege des deutschen Volkes u. s. w. Ein Beitrag zur deutschen Volkswirtschaft“. Aus einigen statistischen Angaben der Brochüre geht hervor, daß der Fischfang in unserer Provinz nicht sonderlich in Blüthe steht. Während z. B. die Provinz Pommern im vorigen Jahre zur Herings- und Breitlings-Salzung 5892 Tonnen Salz verbraucht hat, hat die Provinz Westpreußen nur 38 Tonnen gebraucht.

Der Herr Kultusminister verweist in Bezug auf die vielen Gesuche der Schullehrer um eine Unterstützung zu diätetischen Brunnen- und Badereisen auf die Geringfügigkeit der dafür vorhandenen Geldmittel, erkennt vorzugsweise den Gemeinden die Pflicht zu, für Aufbringung solcher Mittel zu dem beregten Zwecke zu sorgen, und bemerkt zugleich, daß es in den meisten Fällen kein wirklicher Badereise, sondern nur eines Brunnentrinkens am Orte selbst bedürfnisse, da dies jetzt durch die Fortschritt der Mineralwasserindustrie so sehr erleichtert werde.

Die Rekruten der Artillerie und Infanterie des diesjährigen Ersatzes werden erst am 5. Januar eingezogen werden, statt daß bisher der Eintritt im Oktober und November erfolgen mußte. Der Detailausbildung schließt sich dann unmittelbar die Frühjahrsbildungen an. Die Rekruten der Kavallerie treten im November ein.

Der Herr Regierungs-Assessor Borries von hier, ist zum Regierungsrath ernannt.

Die Landgendarmarie, in allen Provinzen des Staates vertheilt, feierte gestern ihr 50jähriges Bestehen, indem dieselbe am 30. Juli 1812 ins Leben gerufen wurde. Eine besondere Feier dieses Tages fand nicht statt, da eine Vereinigung auch nur einiger Glieder der Gendarmarie durch ihre Organisation, welche sie eben auf oft nicht unbedeutende Entfernungen auseinander hält, und auch weil eine Unterbrechung des Dienstes nicht statthaft erscheint, unausführbar ist. Die Landgendarmarie besteht gegenwärtig aus einem Chef, und

ist der General-Lieutenant und Commandant von Berlin v. Alvensleben mit Führung der Geschäfte eines Chefs der Landgendarmarie beauftragt, einem Adjutanten und 8 Brigadiers, welche auf die 8 Provinzen des Landes vertheilt sind. Diese Brigaden sind wieder in 32 Districte eingetheilt, welche je ein Offizier vorsteht, und unter diesen 107 erste Wachtmeister, 1016 Fuß- und 1132 berittene Gendarmen. Diese sind in 1492 Ortschaften vertheilt. Die in Memel und Swinemünde stationirte Hafen-Gendarmarie besteht für sich allein und gehört nicht zur Land-Gendarmarie.

[Victoria-Theater.] Die Erfahrung, daß ein geschickt abgefaßter Theaterzettel, seiner Anziehungskraft auf das Publikum übt, wiederholt sich stets aufs Neue, auch gestern war dies der Fall. Herr Woltered hatte mit einem nicht nur sehr bunt abgefaßten, sondern auch verheißungsvollen großen Theaterzettel das Publikum zu seinem Benefiz eingeladen und hatte die Genußthuung, ein übervolles Haus zu sehen. Ferner sei es indessen von uns, behaupten zu wollen, daß hierzu nicht die außerordentliche Beliebtheit, deren sich der brave, talentvolle Künstler bei unserm Publikum zu erfreuen, entschieden beigetragen hätte. Nun, wir freuen uns aufrichtig der Theilnahme, die ihm das Publikum an seinem Ehrenabend erwiesen; er verdient sie und wird sie sich durch seinen künstlerischen Eifer zu erhalten wissen. — Dieser zeigte sich auch in der gestrigen Vorstellung in vollem Maße. Es waren fünf Piecen, die zur Aufführung kamen. Den Anfang machte Wehl's pikantes und geistvolles Lustspiel: „Ein Bräutigam, der seine Braut verheirathet“, welches von dem Herrn Benefizianten, Hrn. v. Moser und Hrn. Dombrowski und Fräul. Schäffer glatt herunter gespielt wurde. In der Darstellung des hierauf folgenden Stüdes: „Was sich liebt, neckt sich“ erweckte Fräul. Gründer durch den Reiz der persönlichen Erscheinung und ein correctes und liebenswürdiges Spiel ein ganz besonderes Interesse. Gleichfalls verdiente Fräul. Meinede für die Grazie, mit der sie einen spanischen Nationaltanz ausführte, den Beifall des Publikums. In der Schlusspiece: „Müller's und Schulte's Liebes-Abenteuer in Italien“ waren die lebenden Bilder das Beste und fanden die lebhafteste Anerkennung.

Morgen Abend trifft Herr Director Carré mit seiner Gesellschaft von Riga per Extrazug hier ein.

Zu Ehren des hier anwesenden berühmten Malers, Prof. Hildebrandt, soll ein Fest arrangirt werden. Derselbe ist bekanntlich ein geborner Danziger und weiß hier zum Besuch bei Verwandten; auch der berühmte Feuilletonist Ernst Koska wollte in diesem Jahre nach einer Abwesenheit von mehr als 25 Jahren seine Vaterstadt Danzig besuchen und wird vielleicht im nächsten Monat eintreffen. Von andern namhaften geborenen Danzigern befindet sich der Ober-Tribunalsrath Schnaaf hier, der auf dem Gebiete der Kritik der bildenden Kunst eine hervorragende Stelle einnimmt und einer der fein gebildetsten Geister der Gegenwart ist.

Die Sänger und Gesangsfreunde von hier, welche an dem großen Provinzial-Sängerfest in Elbing Theil genommen, sind mit großer Befriedigung zurückgekehrt und sind voll des wärmsten Lobes über die Gastfreundschaft und Gemüthlichkeit der Elbinger.

Herr Kaufmann Löwenstein hat sich bewogen gefunden, dem ehrlichen Finder seiner gestohlenen Briefstache mit den Werthpapieren, dem Maurergefellen Barwich ein Geschenk von 55 Thln. zu machen.

In einem Garten zu Zoppot sieht man an einem und demselben Baume reife Kirschchen und Blüthenbüschel.

Königsberg. Mit dem Schnellzuge am Dienstag Nachmittag reisten Se. Excellenz der Herr Oberpräsident der Provinz Preußen, Wirkliche Geheime Rath Dr. Eichmann zu einer Inspektion nach der Provinz Westpreußen ab.

Bei der vorgestrigen Uebung der Artillerie bei Karschau stürzte einer der hier zur Uebung anwesenden Herzoglich Nassauischen Offiziere mit dem Pferde und verletzte sich der Art am Kopfe, daß er in einem herbeigeschafften Wagen nach der Stadt befördert werden mußte.

Königsberg, 25. Juli. Bei der letzten Schwurgerichtssitzung trat hier der seltene Fall ein, daß ein ganzer Dorf-Gerichtshof auf der Anklagebank saß. Wie bereits früher mitgetheilt, hatten sich auf einem Dorfe bei Schlochau vier Dorfbewohner verabredet, ihren dortigen Lehrer in die Schenke zu locken und dann eine Volksjustiz zu verüben, weil sie ihn in Verdacht hatten, er habe ihnen eine Gans getödtet. Der Lehrer, nichts Böses ahnend, ging richtig in die Falle. Nachdem nun schon viel getrunken und gesprochen worden war, wurde die Thür verriegelt und ein Gerichtshof gebildet, bestehend aus einem Präsidenten, einem Staatsanwalt und zwei Assessoren. Der Lehrer wurde nun seines angeblichen Verbrechen wegen angeklagt, verurtheilt — und schließlich zu so und so vielen Stockschlägen verurtheilt und die Strafe sofort vollzogen. Der nun stark durchgebläute Angeklagte war aber mit solchem Rechtsverfahren keineswegs einverstanden, er machte davon bei der hiesigen Königl. Staatsanwaltschaft Anzeige, worauf dann auch der ganze Pseudo-Gerichtshof vor die Geschworenen geladen wurde, von denen aber nur der Präsident mit acht Monaten Gefängniß bestraft worden ist.

Ortelsburg. Am 22. Juli c. wurde hier selbst die neu organisirte Kreissynode abgehalten. Trotz des Regenwetters waren sämtliche berechnete Mitglieder, sowie mehrere Gäste erschienen. Sicher sind sämtliche Theilnehmer durch die Verhandlungen, welche in deutscher und polnischer Sprache geführt wurden, so recht von Herzen befriedigt worden. Die Anwesenheit des Hrn. Konsistorialraths Dr. Käppler als Kommissarius des Königl. Konsistoriums, veranlaßte neben der Gewandtheit des Hrn. Vorstehenden eine Sicherheit der Berathung, eine Beleuchtung der inneren Zustände und

Verhältnisse der Gemeinden, so wie der Mittel zur Hebung derselben, eine Verheiligung selbst der nur der polnischen Sprache mächtigen Gemeindeglieder, wie sie erfreulicher nicht gedacht werden kann. Bei solcher Stimmung, bei der dadurch bedingten Ueberzeugung, worauf es wesentlich ankommt, blieb auch die leiseste Andeutung von weitgreifenden Prinzipienfragen fern. Im Gegentheil schien die ganze Synode ihre dankbare Anerkennung der gewährten zweiten Verfassungstufe im kirchlichen Organismus dadurch bethätigen zu wollen, daß sie die Bedung und Stärkung des inneren Lebens in den Gemeinden als Hauptaufgabe im Auge behielt und dieselbe in sämtlichen Anträgen, die theils durch die gegebenen Vorlagen des Kirchenregiments, theils durch die Verhandlung selbst hervorgerufen wurden, verwirklichte.

Von der Warthe. In der Nähe der polnischen Grenze richten Wölfe wiederholt Schaden an, so wurden in dem Dorfe Pargenczowo wieder einige Schafe zerrissen. Auf einer bei Zerkowo von Landleuten abgehaltenen Jagd sind drei Wölfe getödtet worden.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Kettendiebstahl.] So ein eingestiehlter Dieb, der keine Besserungsgedanken hat und durch seine Rückfälle immer höher im Strafmaß steigt, hat kein Auge für Warnungszeichen. Was könnte ihn z. B. mehr warnen, als der Anblick einer Kette! denn muß ihn dieselbe nicht an das Eisen erinnern, in welches man zuletzt die Glieder eines unverbesserlichen Diebes schmiedet? — Das würde er allerdings überlegen, wenn er nicht ein gedankenloser Schächer wäre. Die Kette, welche er in seiner Gedankenlosigkeit anschaut, erregt ihm keine Schrecken, sondern Wohlgefallen und zwar so viel Wohlgefallen, daß er weiter kein Verlangen kennt, als sie an seine Brust zu pressen d. h. sie zu stehlen. — Es kommt sehr häufig vor, daß Diebe Ketten stehlen und zwar nicht nur goldene, sondern auch eiserne, die nicht in die Tasche gesteckt werden können, sondern auf dem Arm oder auf dem Rücken getragen werden müssen und so in vielen Fällen die Rolle des Verräthers spielen. — Hiervon lieferte die letzte Sitzung des Criminal-Gerichts wieder ein Beispiel in dem Angeklagten Franz Alexander Servatius Blum. Derselbe sah am 25. Juni d. J. auf der Mottlau einen unbewachten kleinen Kahn, an welchem er eine Kette bemerkte. Sogleich schlich er hinzu, nahm die Kette und suchte mit derselben zu entleeren; doch ehe er noch aus dem Kahne kam, wurde er bei dem Diebstahl ertappt. Die von ihm gestohlene Kette wurde ihm abgenommen und zu seiner Festmachung benutzt, so daß sein angefallener Fluchtversuch durch das Eisen vereitelt wurde. Auf der Anklagebank stand er, weil er nicht anders konnte, seine böse That ein, und wurde zu einer Gefängnißstrafe von zwei Jahren wie zu Ehrenverlust und Stellung unter Polizei-Aufsicht auf gleiche Dauer verurtheilt.

[Ein dreister Dieb.] Der schon vielfach bestrafte Arbeiter Gustav Heinrich Buschlöter kam am 30. Juni d. J. mit der Absicht auf den Hausflur des Herrn Kaufmann Zimmermann um zu mauern. Seine Augen entdeckten aber weiter keine tragbaren Gegenstände als Stühle. Ohne Bedenken nahm er zwei Stühle und wollte mit denselben davon eilen. Ehe er aber noch zur Thür herauskam, wurde er mit seiner Beute bemerkt und festgehalten. Die Dreistigkeit, mit welcher er den Diebstahl versucht, ließ anfänglich mehrere Personen daran zweifeln, daß er im Ernst die Absicht des Stehlens gehabt. Man meinte, er hätte sich nur in einem etwas angeregten Zustand einen unzeitigen Scherz machen wollen. Als man ihn aber vor die rechte Schmiede führte, da wurde er in seiner richtigen Eigenschaft erkannt, nämlich als ein abgefeimter Dieb. Auf der Anklagebank war er geständig und wurde zu einer Gefängnißstrafe von 18 Monaten wie Ehrenverlust und Stellung unter Polizei-Aufsicht auf die Dauer von zwei Jahren verurtheilt.

Posen, 27. Juli. In letzter Zeit sind vom Königl. Ober-Tribunal zwei wichtige Entscheidungen getroffen worden, die wegen ihrer principiellen Tragweite für die nationalen Verhältnisse unserer Provinz ein allgemeines Interesse beanspruchen. Die eine betraf eine Anklage wider den Waldwärter W. in D., im Kreise Samter, der beschuldigt war, einem Verbote der Bezirks-Regierung zuwider an einem öffentlichen Orte eine polnische Cocarde getragen zu haben. Beide Instanz-Gerichte, das Kreis-Gericht in Samter und das Appellations-Gericht in Posen, lehnten die Eröffnung der Untersuchung aus §. 93 No. 2 des Strafgesetzbuches ab, weil die Anklage gar nicht behauptet habe, daß die polnische Cocarde das äußere Zeichen einer Verbindung oder Vereinigung sei, und weil (wie das Appellations-Gericht hinzufügte) die Regierungs-Verfügung den Thatbestand des §. 93 nicht abändern und nicht den Nachweis überflüssig machen könne, daß W. die Cocarde als ein äußeres Verbindungszeichen getragen habe, dieser Nachweis aber nicht geführt sei. Auf die Beschwerde des Ober-Staatsanwalts hat das Königl. Ober-Tribunal am 25. April d. J. beschlossen: daß die Verfügungen des Königl. Appellations-Gerichts in Posen vom 29. März 1862 und des Königl. Kreis-Gerichts in Samter vom 8. März 1862 aufzuheben und die Untersuchung wider den Angeklagten, Waldwärter W., auf Grund des §. 93 No. 2 des Strafgesetzbuches und der Verordnung der Königl. Regierung zu Posen vom 3. Mai 1857 wegen Tragens eines von der Bezirks-Regierung verbotenen äußeren Verbindungszeichens an einem öffentlichen Orte, einzuleiten. Unter den Gründen ist ausgeführt, daß das Tragen eines von der Bezirks-Regierung verbotenen äußeren Verbindungszeichens unter die Strafvorchrift des §. 93 No. 3 des Strafgesetzbuches falle, ohne daß es dabei auf die Absicht des Thäters, das Zeichen als ein Verbindungszeichen zu tragen, ankomme. — Die zweite prinzipiell wichtige Entscheidung

des Königl. Ober-Tribunals ist in einem Preßprozeß wider den Propst Domini in Konrad, im Kreise Kosten, ergangen. Der Angeklagte hatte sich vor dem Kreis-Gericht in Kosten geweißt, sich in deutscher Sprache auszulassen und die Zuziehung eines Dolmetschers verlangt. Da dem Gerichtshof aus langem Privat- und amtlichem Verkehr mit dem Angeklagten bekannt war, daß derselbe der deutschen Sprache vollkommen mächtig sei, so erkannte er die Zuziehung eines Dolmetschers für nicht geboten, verhandelte gegen den Angekl. in contumaciam und erließ in der Sache selbst ein verurtheilendes Erkenntnis. Dagegen appellirte der Angeklagte. Das hiesige Appellations-Gericht fand in dem Verfahren des Gerichts erster Instanz eine unzulässige Beschränkung der Verteidigung, hob das erste Erkenntnis auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die erste Instanz zurück. Auf die Nichtigkeit-Beschwerde des Ober-Staatsanwalts hat das Königl. Ober-Tribunal unterm 25. Juni d. J. das Urtheil des Appellations-Gerichts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Appellations-Gericht in Bromberg verwiesen. Unter den Gründen ist ausgeführt, daß das Gericht erster Instanz vollkommen befugt gewesen, die tatsächliche Frage, ob der Angeklagte der deutschen Sprache mächtig sei oder nicht, selbst zu entscheiden und die Entscheidung nicht dem Gutdünken und der Willkür des Angeklagten zu überlassen; daß das Appellations-Gericht an diese, wie an jede andere tatsächliche Feststellung des Vorrichters gebunden sei, dieselbe daher nur auf Grund neuer oder reproducirter Beweise abändern und zu einer neuen Feststellung gelangen könne, ohne eine solche aber kein Rechtsgrund zur Aufhebung des ersten Urtheils vorgelegen habe.

Vermischtes.

Die „Sternzeitung“ meldet: Die bedeutende Erhöhung, welche die Orchesterstimme seit dem vorigen Jahrhundert erfahren hat, und die Ungleichheit derselben in den verschiedenen Hauptstädten ist seit längerer Zeit als ein Uebelstand erkannt worden. Demselben zu begegnen ist man jetzt in mehreren Ländern bemüht. In Paris war vor einigen Jahren zur Verabreichung dieser Angelegenheit eine Commission zusammengetreten, in welcher Berlin durch Meyerbeer vertreten war. In Folge der Beratungen dieser Commission, welcher 25 verschiedene jetzt geltende Stimmungen vorlagen, ist in Frankreich eine herabgesetzte gleichmäßige ununterbrochene Normalstimme eingeführt worden, nach welcher das eingestrichene a als Normalton 870 einfache Luftschwingungen in der Secunde hat. Diese mit der Abänderung einiger Instrumente notwendig verbundene Maßregel verlangte in Paris die Herabsetzung der Orchesterstimme der Großen Oper um etwa einen Viertelton. In Wien, wo nächst St. Petersburg die höchste Orchesterstimme ist, wird bei Annahme desselben Normaltons die Herabsetzung um ungefähr einen halben Ton erforderlich und steht in ziemlich sicherer Aussicht. Ueber die Durchführung eben dieser Maßregel in Preußen schweben seit einiger Zeit Verhandlungen und sind seitens der Regierung die geeigneten Schritte gethan, um über dasjenige, was in dieser Rücksicht zweckmäßig und den Theilnehmern erwünscht ist, möglichst vollständige Informationen einzuziehen.

Meteorologische Beobachtungen.

Juli.	Stunde.	Barometer Höhe in Par. Linien.	Thermometer im Freien n. Reaumur.	Wind und Wetter.
30	4	337,34	+ 15,6	MD. schwach, hell u. bew.
31	8	336,51	13,6	do. do. bez. u. trübe.
	12	336,89	13,0	MD. mäßig, do. do.

Producten-Berichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig vom 31. Juli:
Umsatz an heutiger Börse:
Weizen, 325 Last, 134.35 pfd. fl. 605; 83 pfd. 13 lth. fl. 570; 83 pfd. 18 lth. fl. 580; 84 pfd. 1 lth. fl. 575; 131 pfd. fl. 575; 127 pfd. fl. 565 pr. 85 pfd.
Roggen ohne Geschäft.
Rüben 110 bis 112 Sgr. pr. Schffl.
Erbsen fl. 360.
Gerste, 111 pfd. gr. fl. 294; 110 pfd. gr. fl. 285; 108 pfd. und 110 pfd. fl. fl. 282.
Bahnpreise zu Danzig am 31. Juli:
Weizen 131—135 pfd. fein hochbt. 97—105 Sgr.
127—130 pfd. feinst. 90—95 Sgr.
124—128 pfd. hellbt. 85—90 Sgr.
Roggen 126 pfd. 64 Sgr. pr. 125 pfd.
123—125 pfd. 60½, 63 Sgr. pr. 125 pfd.
Erbsen nach Qual. 61—64 Sgr.
Gerste 108—111 pfd. gr. 45—49 Sgr.
105—110 pfd. fl. 42—47½ Sgr.
Hafer nach Qual. 28—33 Sgr.
Rüben besser 110—112 Sgr. pr. Schffl.
Raps 114, 115 Sgr. pr. Schffl.
Spiritus 20 Lthr. 8000 Tr.

Berlin, 30. Juli. Weizen 65—82 Thlr.
Roggen 54—56 Thlr. pr. 2000; fb.
Gerste, große und fl. 36—41 Thlr.
Hafer 25—27½ Thlr.
Erbsen, Koch- und Futterwaare 51—58 Thlr.
Winterraps und W. interraps 98—103 Thlr.
Rübsen loco 14½ Thlr.
Rüböl loco 14 Thlr.
Spiritus 19½—20 Thlr. pr. 8000 % Tr.
Königsberg, 30. Juli. Weizen 83½—100 Sgr.
Roggen 57—60½ Sgr.
Gerste gr. 35—45 Sgr., fl. 41½ Sgr.
Hafer 21—25 Sgr.
Erbsen 40—62 Sgr.
Rübsen 14½ Thlr.
Spiritus ohne Faß 20½ Thlr.
Bromberg, 30. Juli. Weizen 125—28 pfd. 66—70 Thlr.
Roggen 120—25 pfd. 46—50 Thlr.
Gerste gr. 32—36 Thlr., fl. 25—30 Thlr.
Hafer 1 Thlr. bis 1 Thlr. 6 Sgr.
Erbsen 42—44 Thlr.
Raps 90—96 Thlr.
Rübsen 88—94 Thlr.

Angekommene Fremde.

Zu Englischen Hause:
Lieuten. im 3. Garde-Regiment zu Fuß v. Gerlach a. Berlin. Rittergutsbes. Steffens a. Mittel-Golmfau. Buchhändler Saunier n. Gr. Tochter a. Stettin. Die Kaufleute Brausewetter a. Stettin, Heinrichsen aus Hamburg, Michel a. Frankfurt a. M., Kühne und Koch a. Leipzig, Seligsohn a. Marienwerder, Macon a. Dublin, Schneider a. Bremen u. Ullmann a. Mainz. Madame Lux n. Gr. Tochter a. Warshaw.
Hotel de Berlin:
Pr. Lieut. v. Schulzendorff a. Danzig. Dr. med. Albrecht a. Königsberg. Kaufm. Haas a. Paris. Frau Sebastiani und Frau Glaubitz n. Gräul. Schwester aus Königsberg.

Walter's Hotel:
Rittergutsbes. Nadelow a. Kulig. Kreisrichter Papig a. Ahnsten. Rentier Hoffmann a. Tilsit. Die Kaufl. Schaber a. Stettin, Piederich a. Berlin und Morwiz a. Danzig.

Hotel de Thorn:
Gutsbes. Springmann a. Straßund. Actuar Krack a. Marienwerder. Die Kaufl. Delsen a. Swinemünde. Simon a. Mainz u. Helfert a. Jersohn. Frau Rentier v. Brandt a. Berlin.

Schmelzer's Hotel:
Pr. Lieut. im Garde Kürassier-Regiment v. Salbern a. Berlin. Rittergutsbes. v. Knobelsdorf a. Samowo. Die Gutsbesitzer Hegewald a. Neuteich und Tschirmer a. Böhnhof. Die Kaufleute Hirschfeld, Cohnheim und Steinig a. Berlin, Salmann a. Mainz, Hein a. Memel, Gröning a. Ronsdorf u. Bärwald a. Leipzig.

Deutsches Haus:
Gerichts-Actuar Gramse und Lehrer Skamel aus Pr. Eylau. Kunst-Gärtner Stalsweit, Madame Freimuth u. Gr. Hedwig u. Fanni Sternfeld a. Labiau. Die Kaufl. Weiskopf a. Gumbinnen u. Dprower a. Culm.

Hotel d'Elva:
Rittergutsbes. Möller a. Caminiga. Die Kaufleute Manstky a. Lauenburg, Metzger a. Mainz und Cohn a. Berlin.

Dem betreffenden Publikum wird hiermit angezeigt, daß die **Schöneberger Fähr** jetzt im vollen Gange ist.
Den 29. Juli 1862.

Alle Sorten Berliner Honigkuchen, feinste candirte Chocoladen, Kuchen, Braunschweiger Koch-Pfefferkuchen, Thorner Lebkuchen, Catterfinchen und hiesige Canelchen, Zuckernüsse, Citronen-, Rosen- und braune Pfeffernüsse, kleine Macronen, Geduldkuchen und Steinburger Moppen empfiehlt

Julius Schubert, Langgasse No. 8.

NB. Bestellungen von Auswärts werden schnell und prompt ausgeführt. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Große Honigkuchen mit Citronat und Mandeln gefüllt von 2½ Sgr. bis 2 Thlr. sind stets vorrätig. Bestellungen auf Größeres werden in kürzester Zeit ausgeführt.

Julius Schubert.

Pic Nic Frederik, Prince Albert Biscuits empfiehlt

Julius Schubert.

Feinste Dominiks-Zwiebacke, Thee- und Caffee-Kuchen täglich frisch, empfiehlt

Julius Schubert.

Berliner Börse vom 30. Juli 1862.

	Rf.	Br.	Gld.		Rf.	Br.	Gld.		Rf.	Br.	Gld.
Pr. Freiwillige Anleihe	4½	102½	102½	Preussische Pfandbriefe	4	100½	99½	Königsberger Privatbank	4	100½	100
Staats-Anleihe v. 1859	5	108½	108½	Pommersche do.	3½	92½	—	Pommersche Rentenbriefe	4	—	99½
Staats-Anleihen v. 1850, 1852	4½	100½	99½	do. do.	4	—	—	Posenische do.	4	100½	99½
do. 1854, 55, 57	4½	103½	102½	Posenische do.	4	—	104½	Prenssische do.	4	—	99½
do. v. 1859	4½	103½	103	do. do.	3½	—	98½	Preussische Bank-Antheil-Scheine	4½	124½	—
do. v. 1856	4½	103½	102½	do. neue do.	4	99½	—	Oesterreich. Metalliques	5	57½	56½
do. v. 1853	4	100½	99½	Westpreussische do.	3½	89½	88½	do. National-Anleihe	5	66½	—
Staats-Schuldsscheine	3½	91½	90½	do. do.	4	100½	99½	do. Prämien-Anleihe	4	73½	—
Prämien-Anleihe v. 1855	3½	123½	124½	do. do. neue	4	99½	99½	Polnische Schatz-Obligationen	4	83½	82½
Östpreussische Pfandbriefe	3½	89½	—	Danziger Privatbank	4	104½	—	do. Cert. L.-A.	5	95½	94½